

Eine Europäische Gemeinschaft für Klimaschutz, erneuerbare Energie und nachhaltige Entwicklung

Europas Antwort auf die Krise könnte die Form eines Vertrages annehmen

Jürgen Stoldt

Ein Pyramidenspiel kennzeichnet sich dadurch, dass aus dem Kapital die Zinsen entnommen werden, (normalerweise) ohne Wissen der Anleger. Damit das eine Weile funktioniert, bedarf es wie im Falle Madoff beständig neuer, leichtgläubiger Anleger, deren frisches Kapital für die überhöhten Zinsen aufgewendet wird. Logik und Mathematik sagen uns, dass das Kartenhaus irgendwann zusammenbrechen muss.

Die Pyramidenspiele an den Finanzmärkten haben in den letzten Monaten tatsächlich ein abruptes Ende gefunden und die Weltwirtschaft beinahe in den Kollaps getrieben.

Doch das große Pyramidenspiel auf Kosten der Zukunft geht weiter.

Auf ungebremsten Ressourcenverbrauch angelegtes Wachstum ist ein Pyramidenspiel von der Art, für die Bernard Madoff jetzt verurteilt wird. Systeme, in denen das Kapital geplündert und als Gewinn deklariert wird, sind nicht von Dauer.

Anders als im Falle Madoff wird später aber niemand sagen können, er hätte über die Situation unseres Planeten und seiner Bewohner nicht Bescheid gewusst. Seit den ersten Warnungen des Club of Rome Anfang der 1970er Jahre hat es nicht an Studien und Berichten gefehlt, die immer dringlicher vor den Folgen einer rücksichtslosen Ausbeutung der Ressourcen gewarnt haben.

Denn die derzeitige Wirtschafts- und Finanzkrise ist nicht die einzige Krise. Hinter ihr zeichnen sich weit größere ab: eine demographische Krise (Überalterung in Europa) von 2010 an, Ölknappheit durch Erschöpfung der Vorkommen von 2015 an, eine Nahrungs- und Ressourcenkrise durch Übernutzung der Erde von 2025 an und ein Klimawan-

del von 2040 an, der dann nicht mehr aufzuhalten sein wird. Alle diese Entwicklungen sind gut belegt und uns allen bekannt.

Die schlechte Nachricht in diesem Zusammenhang ist deshalb auch eine gute: Wir stehen nicht nur vor einer konjunkturellen Krise, aus der wir über eine Wiederankurbelung des Konsums heraus kommen, sondern wir stehen vor einem Umbruch. Die Phase des auf Konsum im Westen und auf Ressourcenausbeutung im Süden aufgebauten Wachstums nach dem zweiten Weltkrieg ist zu Ende.

Auch bei den Entscheidungsträgern in der Politik ist die Krise jetzt angekommen. In ihren Augen sieht man immer häufiger eine Mischung aus kompletter Ratlosigkeit und nackter Angst.

Auf der Suche nach Antworten

Während in den USA die Antworten mittlerweile dem Niveau der Herausforderung angepasst werden, zögern die europäischen Staats- und Regierungschefs, eine gemeinsame Vision für die Krisenbewältigung zu entwickeln.

- Die Europäische Kommission und der Rat haben ein Expertengremium um den ehemaligen Chef des IWF Jacques de Larosière eingesetzt, um Vorschläge zur Reform des Weltfinanzsystems zu erarbeiten. Zusammengesetzt ist es aus gewissermaßen „systemischen“ Persönlichkeiten, die ihr Gehalt u. a. bei Goldman Sachs, Lehmann Brothers und der britischen Bankenaufsicht verdient haben.

- Die gleiche Europäische Kommission hat ein „Konjunkturpaket“ von sage und schreibe 5 Milliarden Euro vorgeschlagen, finanziert aus Mitteln, die die Union 2008 nicht ausgegeben hatte. Sogar

Alles sieht danach aus, als ob Europa die Hoffnung hegt, ins Jahr 2006 (dem letzten Jahr vor dem Ausbruch der Krise) zurückzukehren.

mit diesen bescheidenen Plänen ist die Kommission gescheitert. Die Mitgliedstaaten möchten dieses Geld lieber wieder in der eigenen Kasse sehen und sprechen den vorgeschlagenen Maßnahmen (mit einigem Recht) ihre konjunkturpolitische Wirksamkeit ab.

- Auf der nationalen Ebene investieren die europäischen Staaten zurzeit in die Rettung ihrer zusammenbrechenden Automobilindustrien – direkte Kapitalspritzen sowie die volkswirtschaftlich und klimapolitisch zweifelhaften Abwrackprämien sollen die Branche stabilisieren. Andere Sparten werden dagegen mit Haut und Haaren in die Insolvenz entlassen.

Die Frage, wo wir hin wollen, wird in diesem Zusammenhang kaum gestellt. Alles sieht danach aus, als ob Europa die Hoffnung hegt, ins Jahr 2006 (dem letzten Jahr vor dem Ausbruch der Krise) zurückzukehren, mit ein paar zusätzlichen Sicherheitsvorkehrungen für die Finanzmärkte aber in der Absicht schnellstens wieder aufs Gas zu drücken. Wenn sich Länder wie Großbritannien, Frankreich und jetzt auch Deutschland aber in einem Maße verschulden, wie sonst nur in Kriegszeiten, sollte die Frage debattiert werden, in welche Zukunft hier investiert wird. Denn während die Schulden schnell gemacht sind, zieht sich das Abzahlen auf 30 Jahre hin (Großbritannien hat sich nach dem letzten Krieg nie wieder richtig von seinen Schulden erholen können). Die Analogie mit der Kriegswirtschaft birgt übrigens viele interessante Seiten, zeigt sie doch, dass – wenn der Staat zahlt – selbst große Volkswirtschaften ihre Industrien in weniger als zwei Jahren komplett auf neue „Produkte“ umstellen können. Statt diese Umstellung beherzt anzugehen, sind wir dabei, die 20 bis 30% Überkapazität der Automobilproduktion noch für ein paar Jahre zu subventionieren, um dann wahrscheinlich ernüchert festzustellen, dass solcherart „Konjunkturprogramme“ keine durchschlagende Lösung bieten.

Dabei wäre dies eigentlich die große Stunde der Europäischen Union. Wache Geister wie Daniel Cohn-Bendit, der Vorsitzende der grünen Fraktion im Europaparlament, haben dies sehr schnell begriffen. So sprach er bereits im Herbst vergangenen Jahres von der Notwendigkeit, die Herausforderung der Finanzkrise zu nutzen und radikal umzudenken. Um die im Gefolge der Finanzkrise drohende Rezession zu vermeiden, forderte er am 14. Oktober 2008 im Namen seiner Fraktion eine europäische Investitionsoffensive, die den Klimaschutz und die ökologische Erneuerung Europas voranbringt und einen europäischen Investitionsplan für erneuerbare Energien, Energiesparmassnahmen, Energieeffizienz, klimaschutzgerechte Gebäudesanierung und für nachhaltige europäische Verkehrswege. Ein Blick in die Programme zur Europawahl, die in den Folgemonaten von den Grünen in Frankreich und Deutschland verabschiedet wurden, endet aber mit einer Enttäuschung. Die großen Worte werden

wiederholt, aber es fehlt an konkreten Vorschlägen, wie man hier und jetzt zur Tat schreiten will. Wie viel Geld man ausgeben will und woher dieses Geld kommen könnte. Nur der Luxemburger EP-Abgeordnete Claude Turmes formulierte am vergangenen 23. Februar einen konkreten Vorschlag, wie über von der Europäischen Investitionsbank und dem Europäischen Investitionsfonds zu finanzierende Kredite kombiniert mit Unternehmensbeteiligungen ein europäischer New Green Deal konkretisiert werden könnte.

Der EU fehlen die nötigen Instrumente

Was tatsächlich angesagt wäre, ist eine große europäische Initiative zur Umstellung auf alternative Energieträger und nachhaltige Entwicklung. Die langfristig sowieso nicht zu umgehende Umstellung unserer gesamten Energieversorgung auf Sonnen-, Wind- und Wasserkraft wäre das Projekt, mit dem die Binnennachfrage in Europa massiv angekurbelt werden könnte und mit dem gleichzeitig den beiden Jahrhundertaufgaben Klimaschutz und Energiesicherheit wirkungsvoll begegnet würde.

Die europäische Union hat in den letzten Monaten jedoch bewiesen, dass sie zu einer solchen Kraftanstrengung zurzeit nicht die Instrumente hat. Weder hat die EU Konjunkturankurbelung oder Klimaschutz in ihrem Ziel-Katalog noch die Möglichkeit (etwa über die Aufnahme von Krediten) entsprechende Mittel bereitzustellen.

Tatsächlich tauchen im gegenwärtig gültigen EG-Vertrag die Begriffe „Klimawandel“ und „Klimaschutz“ überhaupt nicht auf. Auch im noch nicht ratifizierten Vertrag von Lissabon wird der Klimawandel nur ein einziges Mal erwähnt. Es heißt dort¹ lediglich, die Umweltpolitik der Union trage auf internationaler Ebene zur Bekämpfung des Klimawandels bei. In ihrer ganzen inneren Logik bleiben die EU-Verträge auch in der Fassung von Lissabon aber vor allem auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Mitgliedstaaten ausgerichtet.

Auch der Haushalt der Union² trägt der Aufgabe des Klimaschutzes nicht angemessene Rechnung. Der Haushalt 2008 sah insgesamt Ausgaben in Höhe von 117,7 Milliarden Euro vor. Nur ein Bruchteil davon diente direkt und explizit dem Klimaschutz, alles in allem weit weniger als eine Milliarde. Im Titel 06 „Energie und Verkehr“ des Haushalts sind rund 70 Millionen Euro für Zahlungen im Rahmen des Programm „Intelligente Energie“ vorgesehen sowie 200 Millionen für Forschung im Energie- und Verkehrsbereich. Im Titel 08 „Forschung“ eingeplant sind Zahlungen in Höhe von rund 65 Millionen Euro für den Bereich Energie³ und 103 Millionen für den Bereich Umwelt (einschließlich Klimawandel). Zum Vergleich: Für Direktbeihilfen an landwirtschaftliche Betriebe sind für 2008 Zahlungen in Höhe von insgesamt 36,8 Milliarden Euro vorgesehen.

Ein Blick in die Geschichte der EU zeigt aber, dass Europa gerade auf dem Gebiet der Energie- und Ressourcensicherheit eine Vorgeschichte hat, von der man sich heute inspirieren lassen kann.

Das Konjunkturpaket der Kommission Barroso zeigt die ganze Unverhältnismäßigkeit von eingesetzten Mitteln und dem Ausmaß der Herausforderung. Ein Blick in die Geschichte der EU zeigt aber, dass Europa gerade auf dem Gebiet der Energie- und Ressourcensicherheit eine Vorgeschichte hat, von der man sich heute inspirieren lassen kann.

Ein neuer Vertrag

Die genuin europäische Antwort auf die Krise sollte ein eigenständiger Vertrag sein, der ähnlich wie der EGKS/CECA-Vertrag von 1952 (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl) bzw. der EURATOM-Vertrag von 1958 (Europäische Atomgemeinschaft) sich eindeutig der Entwicklung einer Industrie bzw. der Lösung einer Problematik verschreibt. In diesem Falle bestünde die Aufgabe einer *Europäischen Gemeinschaft für Klimaschutz, erneuerbare Energie und nachhaltige Entwicklung* in der Entwicklung, Finanzierung und Umsetzung eines großen Investitionsprogramms in grüne Energieinfrastrukturen, also vor allem in den Ausbau alternativer Energiequellen mitsamt der dazugehörigen Netze und Speicherkapazitäten. Hinzu kommen Investitionen in Energieeffizienz sowie in Bodenschutz und Waldwirtschaft. Ziel sollte es sein, während der nächsten zehn Jahre in Form von Zuschüssen jährlich 100 Milliarden Euro für Investitionen bereitzustellen.

Finanziert werden sollte dieses zehnjährige Investitionsprogramm zunächst vor allem mit langfristigen Anleihen auf den Kapitalmärkten, welche die zu gründende *Europäische Gemeinschaft für Klimaschutz, erneuerbare Energie und nachhaltige Entwicklung* zu günstigen Konditionen aufnehmen könnte. Die Möglichkeit der Kreditaufnahme sollte hier nicht schockieren: Anders als der EU-Vertrag, der dies definitiv ausschließt, sehen der EGKS- und der EURATOM-Vertrag die Möglichkeit einer Kreditaufnahme auf den Kapitalmärkten vor. Was für die Atomindustrie gedacht war, sollte für die Entwicklung der alternativen Energien nicht ausgeschlossen sein. Zumal es hier um eine echte Zukunftsinvestition geht und nicht um Investitionen auf Kosten der Zukunft, wie sie jetzt allenthalben drohen. Die Gelder würden nämlich nicht für ein konjunkturelles Strohfeuer verpulvert, sondern es würden nachhaltige Strukturen geschaffen, die die drohenden Kosten eines ungebremsten Klimawandels senken könnten.

Für die fälligen Zinsen und Tilgungen der insgesamt 1000 Milliarden Euro könnte der im gegenwärtigen EU-Finanzrahmen⁴ noch verfügbare Spielraum genutzt werden. Unter der Eigenmittelobergrenze von 1,24% des Bruttonationaleinkommens sind allein für 2008 über 20 Milliarden Euro unverplant geblieben, für deren Verwendung die nationalen Parlamente im Prinzip im Ratifizierungsverfahren für den sogenannten „Eigenmittelbeschluss“ bereits ihr Einverständnis gegeben haben. Durch einen politischen Beschluss müsste dieser Spielraum

nur realisiert werden. Und die verfügbaren Beträge werden in den kommenden Jahren noch steigen, und zwar auf mehr als 35 Milliarden im Jahr 2013. Selbstverständlich kommen hier auch die Einnahmen aus dem europäischen Emissionshandelssystem ins Blickfeld, die ab 2013 fließen und gegen deren zweckgebundenen Einsatz nichts sprechen dürfte.

Nach zehn Jahren würde dieses Investitionsprogramm auslaufen und die Tätigkeit der gemeinschaftlichen Initiative würde sich für die folgenden Jahre auf die Rückzahlung der aufgenommenen Kredite beschränken.

Der Teilnehmerkreis bei einer *Europäischen Gemeinschaft für Klimaschutz, erneuerbare Energie und nachhaltige Entwicklung* sollte anders sein dürfen als der Kreis der gegenwärtig 27 EU-Mitgliedstaaten. Kleiner in einer Anfangsphase, wo es genügen sollte, mit der Zusammenarbeit zu beginnen, wenn zum Beispiel 7, 9 oder 12 Mitgliedstaaten den Vertrag ratifiziert haben. Größer in einer späteren Phase, in der Staaten dazukommen könnten, die nicht der EU angehören (etwa Länder Nordafrikas, in deren Wüsten die großen Solarkraftwerke der Europäischen Union errichtet werden könnten).

Ein großer Wurf statt technokratischer Konzepte

Natürlich hat heute keiner der europäischen Staatsmänner Lust auf die Aushandlung eines neuen Vertrages, aber die Zeit drängt. Die Bürger Europas würden sofort verstehen, worum es geht und anders als bei den bisherigen Reformen der EU-Verträge dieses Projekt mittragen. Auch die vielfältigen institutionellen Einwände lassen sich ausräumen, hat doch die EU immer wieder unter Beweis gestellt, wie kreativ sie bei der Lösung institutioneller Fragen vorgehen kann.

Durch einen solchen europäisch finanzierten Kraftakt würden sich gesamte Industrien neu ausrichten und der energiepolitische Wandel innerhalb von 10 Jahren eingeleitet. Am Ende könnte sich die Automobilindustrie, solange sie noch in dieser Form besteht, als strategischer Partner erweisen, der wesentliche Teile dieses Projektes realisiert ...

Wie ein solcher Vertrag konkret aussehen könnte, zeigen wir Ihnen auf unserer Internetseite unter www.forum.lu. Wir haben uns dort den Spaß gemacht, sozusagen als erste Inspiration einige Artikel zu formulieren. Vielleicht hat ja der eine oder andere Leser Lust, die Gedanken politisch, ökonomisch oder juristisch weiterzuspinnen. Avis aux amateurs ! ♦

(siehe auch Jürgen Stoldt, „Green Deal, Eine europäische Gemeinschaft für Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung“, in forum Nr. 281, November 2008, auf www.forum.lu)

¹ Siehe Artikel 191 (1) des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union.

² Siehe Amtsblatt L 71 vom 14. März 2008.

³ Zum Beispiel Forschung in den Bereichen Herstellung von Brennstoffen aus erneuerbaren Energien, CO₂-Abscheidung, saubere Kohletechnologien oder intelligente Energienetze.

⁴ Siehe Amtsblatt L 6 vom 10. Januar 2008.